

Korinna Schumann
Bundesministerin

Herrn
Dr. Walter Rosenkranz
Präsident des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.451.450

Wien, 30.6.2025

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 2153/J des Abgeordneten Manuel Pfeifer betreffend Freiwilligkeit in Zeiten der Corona-Pandemie** wie folgt:

Fragen 1 bis 3:

- *Wie hoch war die Mitgliederzahl aktiver Personen in den Jahren 2019 bis 2023 in den freiwilligen Organisationen österreichweit?*
 - a. *Wie hoch war die Zahl in den einzelnen Bundesländern? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahren und Bundesländern)*
 - b. *Wie hoch war die Mitgliederzahl in freiwilligen Organisationen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Soziales, Umwelt, Kultur, freiwilliger Feuerwehr und Rettungsdienst in den Jahren 2019 bis 2023?*
- *Wie viele neue Mitgliederzugänge wurden in den freiwilligen Organisationen in den Jahren 2019 bis 2023 österreichweit verzeichnet?*
 - a. *Wie viele Mitgliederzugänge waren es in den einzelnen Bundesländern? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahren und Bundesländern)*

- b. Wie viele neue Mitgliederzugänge in freiwilligen Organisationen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Soziales, Umwelt, Kultur, freiwilliger Feuerwehr und Rettungsdienst gab es in den Jahren 2019 bis 2023?*
- *Wie hoch war die Ausstiegsquote in den Jahren 2019 bis 2023 in den freiwilligen Organisationen österreichweit? (Bitte um Angabe in Zahlen)*
 - a. Wie hoch war die Ausstiegsquote in den einzelnen Bundesländern? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahren und Bundesländern)*
 - b. Wie hoch war die Ausstiegsquote in freiwilligen Organisationen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Soziales, Umwelt, Kultur, freiwilliger Feuerwehr und Rettungsdienst in den Jahren 2019 bis 2023?*

Es besteht keine rechtliche Basis, die eine Einmeldung von Mitgliedern oder aktiven Personen in freiwilligen Organisationen an das BMASGPK vorsieht. Eine detaillierte, jährlich aufgeschlüsselte Auswertung freiwilliger Tätiger in den Bereichen „Bildung, Gesundheit, Soziales, Umwelt, Kultur, freiwilliger Feuerwehr und Rettungsdienst“ nach Bundesland oder konkreter Funktion liegt auf Basis der aktuellen Datenlage daher nicht vor.

Die systematische Evaluierung der Freiwilligentätigkeit in Österreich ergibt sich jedoch aus § 4 Abs. 1 FreiwG, der alle fünf Jahre einen Bericht über die Lage und Entwicklung des freiwilligen Engagements in Österreich vorsieht. Die Freiwilligenberichte 2019 und 2022 erhalten separate Angaben zur Anzahl der freiwillig Engagierten sowie zu deren durchschnittlicher wöchentlicher Stundenleistung in diesem Bereich – jeweils auf gesamtösterreichischer Ebene. Zuletzt wurde die Statistik Austria beauftragt, im Rahmen der Folgerhebung des Mikrozensus im ersten Quartal 2025 Daten zur Freiwilligentätigkeit in Österreich zu erheben. Die Auswertung der aktuellen Erhebung wird Ende des Jahres 2025 fertiggestellt.

Fragen 4 und 5:

- *Gab es während der Corona-Pandemie bei Einsätzen der Freiwilligen Feuerwehr und des Rettungsdienstes Einschränkungen, wie beispielsweise die 2G bzw. 3G-Regel?*
 - a. Wenn ja, welche Einschränkungen gab es?*
 - b. Wenn ja, in welchen Bundesländern wurden diese umgesetzt?*
- *Wurden Einschränkungen wie z.B. die 2G-Regel an den Feuerweherschulen umgesetzt?*
 - a. Wenn ja, wer hat diese Einschränkungen angeordnet?*
 - b. Wenn ja, in welchen Bundesländern wurden die Einschränkungen umgesetzt?*

c. Wenn ja, gab es noch weitere Maßnahmen an den Feuerweherschulen?

Grundsätzlich wurde seitens meines Ressorts seit Beginn der COVID-19-Pandemie versucht, Maßnahmen zu setzen, die das hohe Niveau an freiwilligem Engagement auch unter erschwerten Bedingungen aufrechtzuerhalten halfen bzw. den geänderten Anforderungen Rechnung trugen oder neue Initiativen unterstützten. So wurden beispielsweise Leitlinien und Informationen für Organisationen/Initiativen und Freiwillige immer wieder aktualisiert, den jeweiligen rechtlichen Bestimmungen angepasst und zur Verfügung gestellt.

Berufliche Tätigkeiten unterlagen den Maßnahmen der COVID-19-Maßnahmenverordnungen, unabhängig davon, ob diese hauptberuflich, nebenberuflich oder ehrenamtlich erfolgten. Eine „Begünstigung“ von ehrenamtlich tätigen Personen gegenüber entgeltlich beruflich tätigen Personen wäre aus Sicht meines Ressorts nicht sachlich rechtfertigbar gewesen, sodass diese auch nicht verfassungsrechtlich zulässig gewesen wäre.

Frage 6: *Wie hoch war die Anzahl an Teilnehmenden an den Feuerweherschulen in den Jahren 2019 bis 2023?*

a. Wie hoch war die Teilnehmerzahl in den einzelnen Bundesländern? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahren)

Feuerwehren und Feuerweherschulen liegen nicht im Zuständigkeitsbereich meines Ressorts. Insofern liegen mir dazu keine Informationen und Zahlen vor.

Frage 7: *Wie hoch war die Zahl der Unterstützungsleistungen während der Coronapandemie an Teststraßen und Impfstraßen seitens der freiwilligen Organisationen österreichweit?*

a. Wie hoch war die Zahl in den einzelnen Bereichen: in freiwilligen Organisationen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Soziales, Umwelt, Kultur, freiwillige Feuerwehr und Rettungsdienst? (Bitte um Aufschlüsselung nach einzelnen Bereichen)

b. Wie hoch war die Zahl an Unterstützungsleistungen in den einzelnen Bundesländern?

Während der COVID-19-Pandemie wurden Teststraßen und Impfstraßen nicht direkt vom Bund betrieben. Der überwiegende Teil wurde in mittelbare Bundesverwaltung von den Ländern und Gemeinden betrieben. Weiters wurden betriebliche Teststraßen eingerichtet. Die Ausgestaltung der Vertragsverhältnisse oblag den Test- und Impfstraßenbetreibern. Es wurden vielfach auch pauschalierte Vertragsverhältnisse mit Freiwilligenorganisationen geschlossen. Bei der Abrechnung ist dadurch meist nicht ersichtlich wieviel Arbeitsleistung für die Durchführung der Test- oder Impfstraße aufgewendet wurde.

Weiters ist festzuhalten, dass keine Meldepflicht von unentgeltlicher Freiwilligenarbeit bei Test- und Impfstraßen bestand.

c. Wie wurden die Einsätze der Unterstützungsleistungen seitens der freiwilligen Organisationen verrechnet?

Da die Vertragsverhältnisse zwischen den Freiwilligenorganisationen und den Betreibern der Impf- und Teststraßen geschlossen wurden und der Bund nicht Vertragspartner war, kann diese Frage nur von den jeweiligen Test- und Impfstraßenbetreibern beantwortet werden. Jedenfalls wurden die tatsächlich angefallenen Kosten den Ländern und Gemeinden, und somit auch die kostenpflichtigen Einsätze der Freiwilligenorganisationen bei Test- und Impfstraßen, durch den Bund gemäß §1a und §1b COVID-19-Zweckzuschussgesetz ersetzt.

Fragen 8 und 9:

- *Welche Erkenntnisse wurden aus der Corona-Pandemie hinsichtlich der Unterstützung des Ehrenamts gewonnen?*
- *Welche Unterstützungsleistungen stellte der Bund für freiwillige Organisationen während der Corona-Krise in den einzelnen Bundesländern zur Verfügung? (Bitte um detaillierte Auflistung der Unterstützungsleistungen)*

Gerade in Zeiten von COVID-19 bestand die Notwendigkeit, insbesondere die Bereiche Rettungs-, Sozial- bzw. Gesundheitswesen bestmöglich zu unterstützen.

Der Bund stellte freiwilligen Organisationen in den Bundesländern nicht direkt Unterstützungsleistungen zur Verfügung, jedoch wurden vielfältige Kostenersatzmechanismen für Bundesländer und Gemeinden geschaffen, welche mittelbar den Freiwilligenorganisationen zugutekamen. Folgende Kostenersatzmechanismen kamen indirekt auch Freiwilligenorganisationen zugute:

- Die Ausgaben für Schutzausrüstung der Länder wurden diesen im Zeitraum März 2020 bis 31. Dezember 2022 gemäß COVID-19-Zweckzuschussgesetz zur Gänze bezuschusst. Diese Bestimmung wurde vielfach verwendet um Freiwilligenorganisationen dringend benötigte Schutzausrüstungsgüter kostenfrei zur Verfügung zu stellen.
- COVID-19-Testkits wurden den Freiwilligenorganisationen durch Länder und Gemeinden vielfach unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Die Kosten wurden durch

den Bund gemäß §1a COVID-19-Zweckzuschussgesetz und § 36 Abs. 1 lit. a Epidemiegesetz refundiert.

- Der Bund leistete einen Zweckzuschuss an die Länder in dem Ausmaß, wie die Länder den Rettungs- und Krankentransportdiensten die aufgrund von COVID-19 bis 31. Dezember 2022 entstandenen zusätzlichen Aufwendungen für Rettungs- und Krankentransportleistungen ersetzten.
- Aufwandsentschädigungen die von den Ländern und Gemeinden bis zum 31.3.2022 an nicht hauptberuflich tätige unterstützende Personen in Impf- und Teststraßen, welche Großteils durch Freiwilligenorganisationen gestellt wurden, gewährten waren bis zu einer bestimmten Höhe Steuer und Abgabenbefreit. (§1a Abs. 5 und §1b Abs. 4 COVID-19-Zweckzuschussgesetz). Weiters übernahm der Bund die tatsächlich angefallenen Kosten für derartige Aufwandsentschädigungen.
- Der Bund leistete gemäß §1f COVID-19-Zweckzuschussgesetz einen Zweckzuschuss an die Länder und Gemeinden für die Zahlung außerordentlicher Zuwendungen an Personen die in Krankenanstalten, medizinischen Versorgungseinrichtungen und Reha Einrichtungen beschäftigt waren.

Darüber hinaus wurde im Zuge des 3. COVID-19-Gesetzes im Freiwilligengesetz die Möglichkeit geschaffen, Einsatzvereinbarungen des Freiwilligen Sozialjahres über die bisherigen gesetzlichen 12 Monate hinaus zu verlängern (um max. 6 Monate). Weiters wurde die Möglichkeit für ehemalige Teilnehmer:innen geschaffen, wieder in den Dienst einzutreten (außerordentliches FSJ – max. 9 Monate). Es wurde außerdem klargestellt, dass aufgrund der krisenbedingten Rückkehr von Teilnehmer:innen der Auslandsfreiwilligendienste aus einem Einsatzort der Einsatz im Inland fortgeführt werden kann. Diese Regelungen sind nach mehrmaliger Verlängerung mit 31. Dezember 2022 außer Kraft getreten, wobei die Regelung zur krisenbedingten Rückkehr durch die Novelle des Freiwilligengesetzes 2023 ins Dauerrecht übernommen wurde.

Weiters wurde infolge der COVID-19-Pandemie in den Jahren 2021 bis 2022 in § 2 des Förderungsvertrages für Auslandsfreiwilligendienste die Möglichkeit der Abrechnung von förderbaren Kosten erweitert, nachdem aufgrund der Situation und den damit verbundenen, von der Bundesregierung bzw. dem Nationalrat getroffenen Maßnahmen, Entsendungen nicht im geplanten Umfang möglich waren. Förderbar waren hier somit auch Kosten, die unabhängig von der realisierten Zahl der Entsendungen oder der Realisierung von Entsendungen, jedoch im Zusammenhang mit der Vorbereitung, Durchführung oder Nachbereitung, Qualitätssicherung, Entwicklung und Begleitung oder im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Betreuung im Inland standen.

Im Zuge des 10. COVID-19-Gesetzes wurde geregelt, dass der bestehende Anerkennungsfonds für freiwilliges Engagement auch Anwendung auf Maßnahmen/Aktivitäten/Beiträge findet, die von Freiwilligenorganisationen und Trägern von Freiwilligendiensten zur Bewältigung der COVID-19-Krise geleistet wurden. Weiters wurden Förderungen des Anerkennungsfonds auch als Unterstützung infolge COVID-bedingter Ausgaben zur Aufrechterhaltung ihrer Tätigkeit bzw. zur Verhinderung der Einstellung ihrer Tätigkeiten mangels finanzieller Mittel gewährt. Durch eine einmalige Mitteldotierung in Höhe von 600.000 EUR aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds wurde das Freiwilligenmanagement in diesen Krisenzeiten unterstützt.

Mit freundlichen Grüßen

Korinna Schumann

